



Dezember 2008

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Dezember 2008

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1.091 West / 409 Ost)	
Erhebungszeitraum:	01. bis 02. Dezember 2008 Sonntagsfrage: 01. bis 03. Dezember 2008	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2008

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben zu einer massiven Eintrübung der wirtschaftlichen Stimmung in Deutschland geführt: Die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 12 Monaten sind erneut mehrheitlich negativ (57 Prozent), im Dezember wird jedoch auch die aktuelle ökonomische Situation von einer großen Mehrheit (73 Prozent) kritisch beurteilt. Im Streit um Steuersenkungen zur Abfederung der Rezession spricht sich eine knappe Mehrheit (53 Prozent) mit Blick auf die Haushaltssanierung für eine spätere umfassendere Steuerreform aus, während 43 Prozent für schnelle Steuersenkungen plädieren.

Mittlerweile sind drei Viertel der Deutschen (73 Prozent) der Auffassung, dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht. Aus Sicht von zwei Dritteln (66 Prozent) hat die Bundesregierung schnell und entschlossen gehandelt – die kritischen Bewertungen nahmen allerdings binnen Monatsfrist zu. Maßnahmen gegen die Rezession sind für 59 Prozent derzeit wichtiger als der Klimaschutz. Angesichts der Schwierigkeiten auch bei den Landesbanken spricht sich im Unterschied zum Vormonat eine Mehrheit (53 Prozent, +8 Punkte) nun gegen eine Beteiligung der öffentlichen Hand an Schlüssel-Unternehmen aus. Eine staatliche Unterstützung der Autoindustrie lehnen sechs von zehn (60 Prozent) ab. Weiterhin macht sich jeder zweite Bürger (51 Prozent) Sorgen um seine persönliche wirtschaftliche Zukunft, immer mehr bangen um ihre Ersparnisse (42 Prozent, +6).

Die überwiegend positive Beurteilung des Krisenmanagements der Bundesregierung sorgt für steigende Zufriedenheit mit der Arbeit der Großen Koalition, gleichwohl sind die Kritiker weiterhin in der Mehrheit (40:59 Prozent). Die Bundeskanzlerin wird als erfolgreiche Vertreterin deutscher Interessen im Ausland wahrgenommen (78 Prozent), die gute Arbeit bei der Bewältigung der Finanzkrise leistet (55 Prozent) - ihr Beitrag für eine Stärkung der Wirtschaftskraft in Deutschland wird jedoch deutlich weniger positiv gesehen als im Oktober (51 Prozent, -17). Darüber hinaus gilt sie für viele eher als Interessenswalterin der Wirtschaft als der kleinen Leute (73 Prozent). Knapp sechs von zehn diagnostizieren zudem mangelnde Führungskraft bei Merkel (58 Prozent).

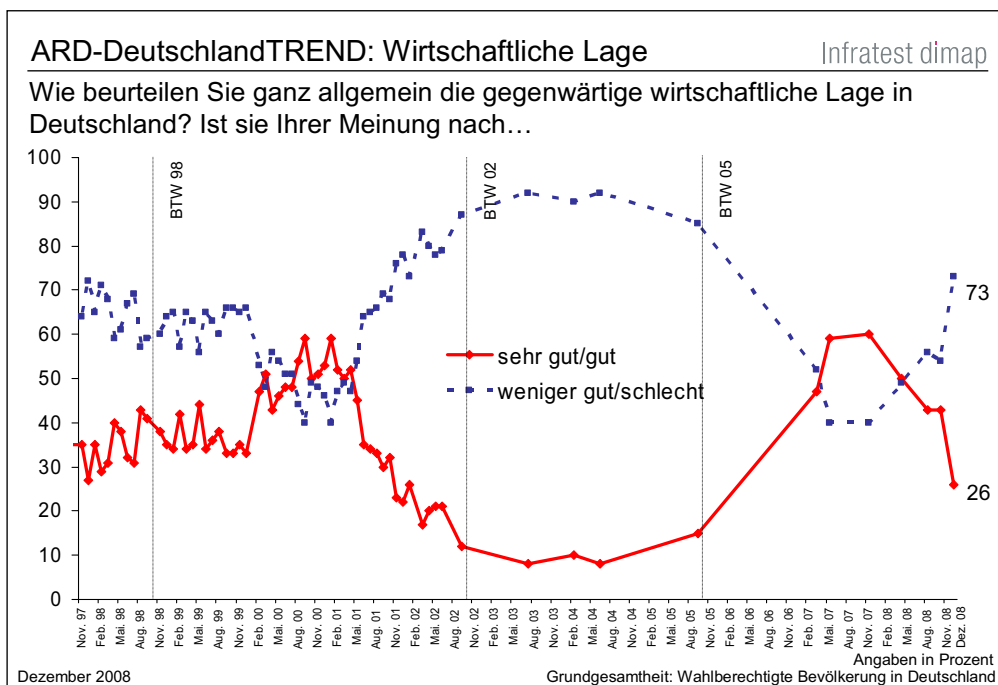
In der Rangliste der beliebtesten Politiker legt Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Vergleich zum Vormonat 6 Punkte zu und erreicht mit 74 Prozent Zustimmung seinen bisher besten Wert im ARD-DeutschlandTREND. Angela Merkel verliert in gleicher Höhe und bekommt von 65 Prozent gute Noten. Finanzminister Peer Steinbrück kann sich verbessern und mit 57 Prozent seinen Platz 3 stabilisieren.

Vor dem Hintergrund schlechterer Bewertungen auf der Personenebene, aber durchweg verbesserter Kompetenzwerte erreicht die Union in der politischen Stimmung wie im Vormonat 37 Prozent der Wählerstimmen. Für die SPD würden sich derzeit nur 23 Prozent der Wähler entscheiden (-2), sie fällt damit zum wiederholten Mal auf einen Rekordtiefstand (zuletzt im August 2004). Die drei Oppositionsparteien kommen jeweils auf einen Stimmenanteil von 12 Prozent, wobei FDP und Grüne Zuwächse verzeichnen (jeweils +1) und die Linke stabil bleibt. Eine schwarz-gelbe Koalition wäre damit rechnerisch möglich – sie findet zudem von den in diesem Monat abgefragten Koalitionsvarianten den größten Zuspruch: 49 Prozent sehen ein christlich-liberales Bündnis als gut für das Land an, bei der Großen Koalition sind es lediglich 40 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Dezember, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 1. bis 2. Dezember 1.000, für die Sonntagsfrage vom 1. bis 3. Dezember 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

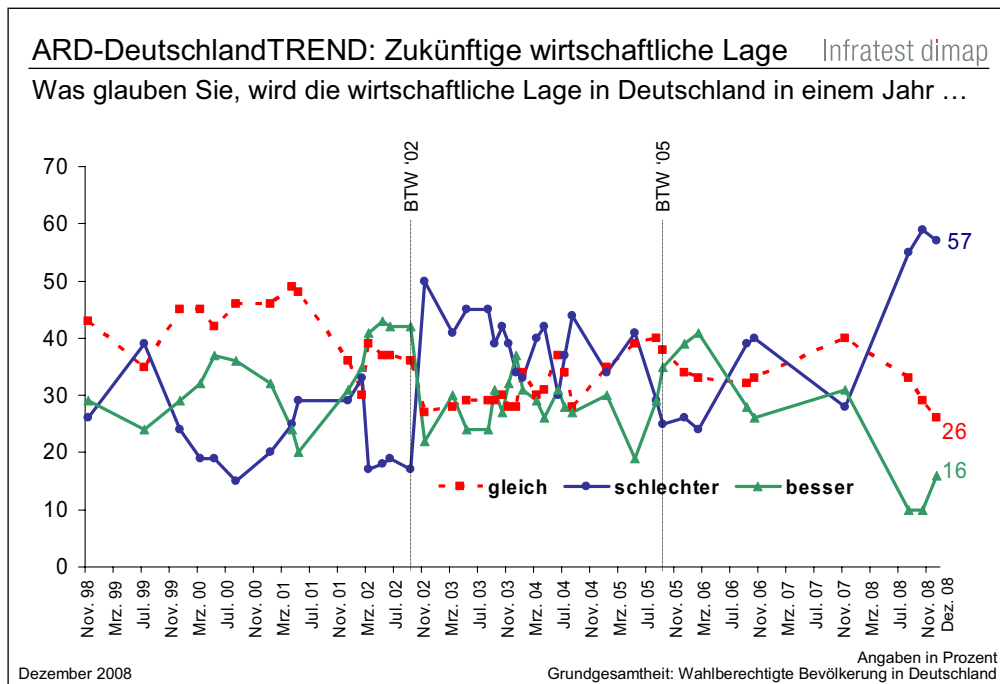
Massive Eintrübung der wirtschaftlichen Stimmung

Die internationale Finanzkrise hat mittlerweile auch die Realwirtschaft erreicht. Täglich kann man in den Medien die pessimistischen Prognosen für die ökonomische Entwicklung im kommenden und möglicherweise auch den folgenden Jahren verfolgen. Die Debatten um die wirtschaftliche Lage und die weiteren Aussichten sind auch an den Bundesbürgern nicht spurlos vorübergegangen: Nur jeder Vierte (26 Prozent) hält die aktuelle Situation für sehr gut (1 Prozent) bzw. gut (25 Prozent). Drei Viertel sehen hingegen mehr Schatten als Licht (47 Prozent) bzw. bewerten die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland als völlig desolat (26 Prozent). Damit ist die wirtschaftliche Stimmung so negativ wie noch nie in der laufenden Legislaturperiode.



Noch vor zwei Monaten zeigte sich ein deutlich anderes Bild. Im Oktober kamen 43 Prozent mit Blick auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland zu einem positiven Urteil, 40 Prozent bezeichneten sie als weniger gut und lediglich 14 Prozent erschien sie ausgesprochen schlecht.

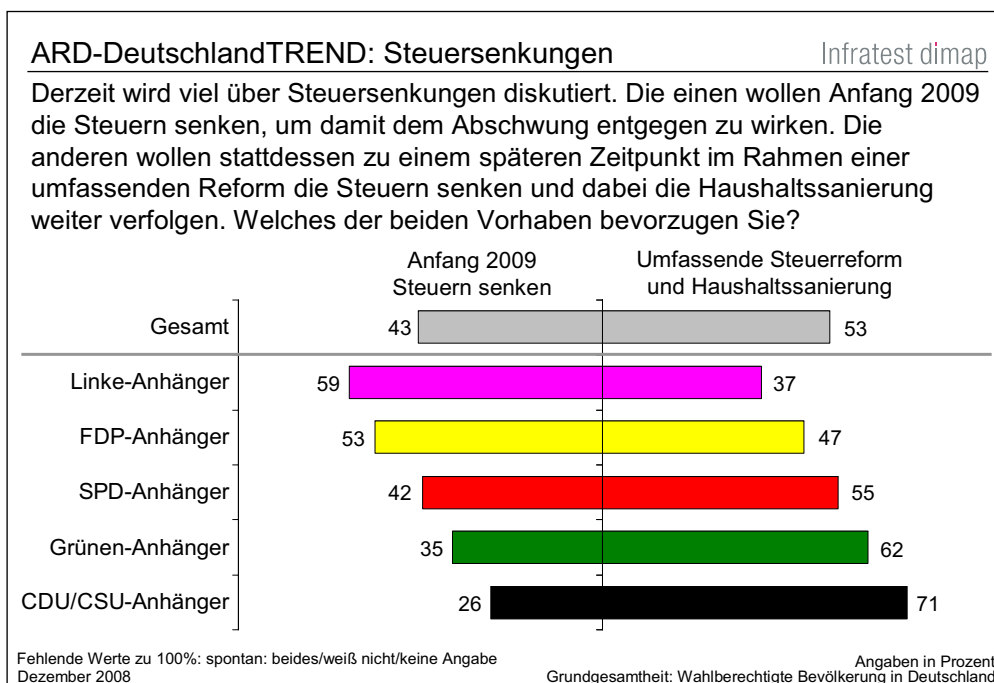
Die weitere ökonomische Entwicklung gibt der Bevölkerung wenig Anlass zu großen Hoffnungen. An einen günstigen Konjunkturverlauf glauben nur 16 Prozent der Bundesbürger. Jeder Vierte (26 Prozent) geht davon aus, dass die Lage in einem Jahr im wesentlichen unverändert sein werde. Der größte Teil befürchtet indes eine konjunkturelle Talfahrt binnen zwölf Monaten (57 Prozent).



Die wirtschaftlichen Aussichten wurden auch schon vor zwei Monaten überwiegend pessimistisch beurteilt. Im Oktober standen 10 Prozent zuversichtlichen Erwartungen 59 Prozent skeptische Stimmen gegenüber.

Knappe Mehrheit für umfassende Steuerreform zu späterem Zeitpunkt

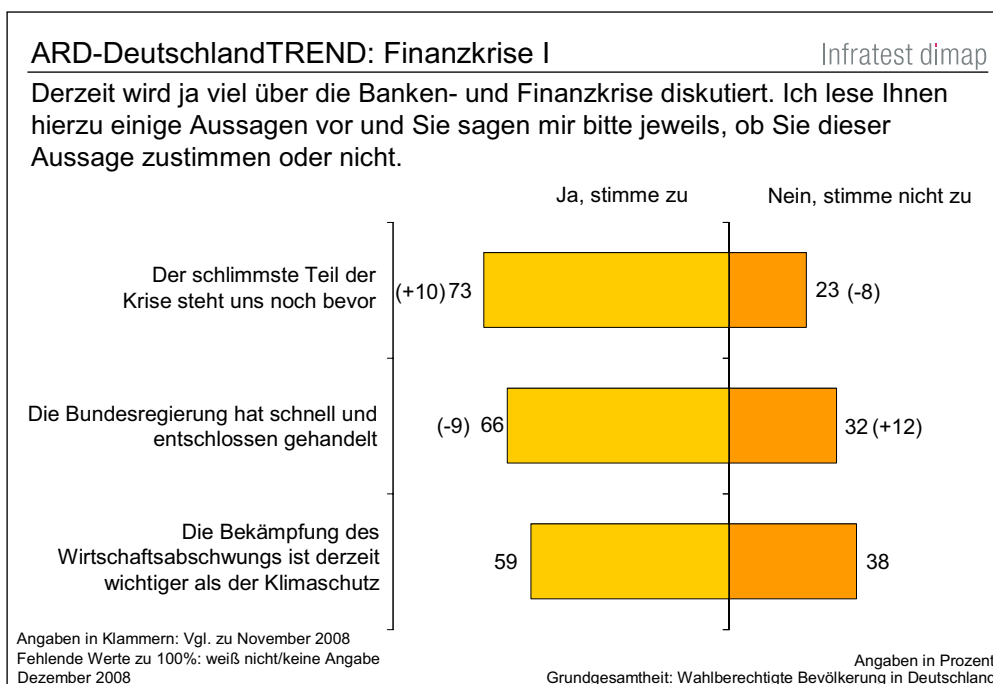
Die politischen Parteien streiten sich derzeit heftig über wirksame Maßnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Abschwungs. Anders als bei dem im vergangenen Monat beschlossenen Konjunkturprogramm herrscht sowohl innerhalb als auch zwischen den Regierungsparteien Uneinigkeit darüber, ob Steuersenkungen so schnell wie möglich oder erst in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen einer grundlegenden Steuerreform realisiert werden sollen. Vor diese beiden Alternativen gestellt, spricht sich eine knappe Mehrheit der Bevölkerung (53 Prozent) für eine umfassende Reform zu einem späteren Zeitpunkt und mit Blick auf die weitere Haushaltssanierung aus. 42 Prozent hingegen plädieren für kurzfristige Steuersenkungen bereits Anfang nächsten Jahres.



Die Anhänger von Union und SPD sprechen sich mehrheitlich gegen kurzfristige Steuersenkungen und für eine umfassende Reform des Steuersystems zu einem späteren Zeitpunkt aus. Gleiches gilt für die Anhänger der Grünen, während in den Anhängerschaften von FDP und Linken die Befürworter schneller Steuersenkungen dominieren.

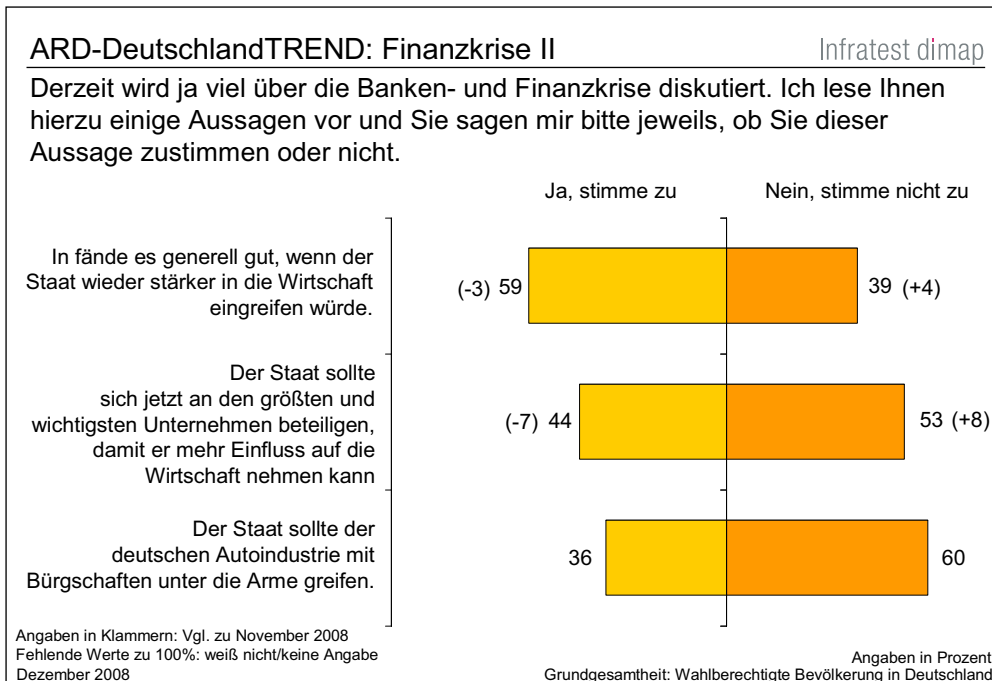
Zwei Drittel loben Krisenmanagement der Bundesregierung

Auch im Dezember ist die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise das beherrschende politische Thema und es spricht vieles dafür, dass sie es weiterhin bleiben wird. Davon geht auch die deutsche Bevölkerung aus: Fast drei Viertel (73 Prozent) befürchten, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht. Das sind 10 Prozent mehr als im November.

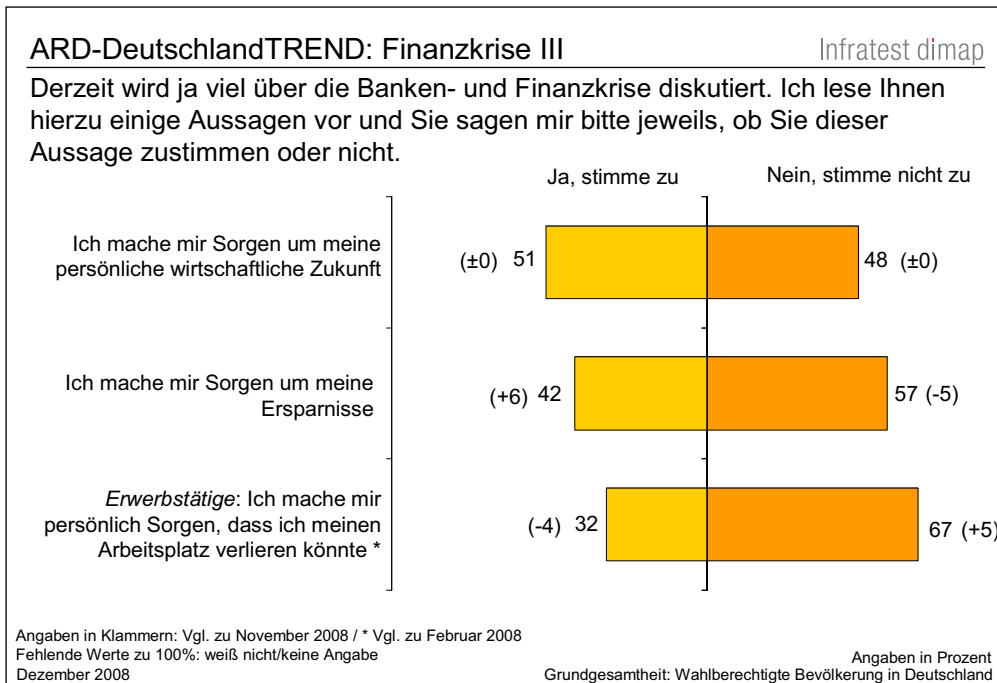


Die Reaktion der Bundesregierung mit der Verabschiedung des Rettungspakets für die deutschen Banken und des Konjunkturpakets wird weiterhin von einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung in allen politischen Lagern positiv wahrgenommen. Zwei Drittel der Bundesbürger (66 Prozent) bescheinigen dem Berliner Kabinett ein schnelles und entschlossenes Handeln. Die Zahl der kritischen Stimmen nimmt angesichts immer neuer Meldungen zum Wirtschaftsabschwung und der umstrittenen Reichweite des Konjunkturprogramms allerdings zu: 32 Prozent kritisieren das Krisenmanagement der Bundesregierung (im November 75:20 Prozent).

Die Bekämpfung des Wirtschaftsabschwungs hat für eine Mehrheit der Bundesbürger auch im Vergleich zum Klimaschutz Vorrang. Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Deutschland in eine längere Rezession abrutscht, sind für 59 Prozent derzeit wichtiger als die Bekämpfung der globalen Erwärmung (39 Prozent). Lediglich bei den Grünen-Anhängern steht das Thema „Klimaschutz“ nach wie vor im Vordergrund: Nur ein knappes Viertel ist dafür, den Klimaschutz zugunsten wirtschaftspolitischer Vorhaben zurückzustellen (22:76 Prozent).



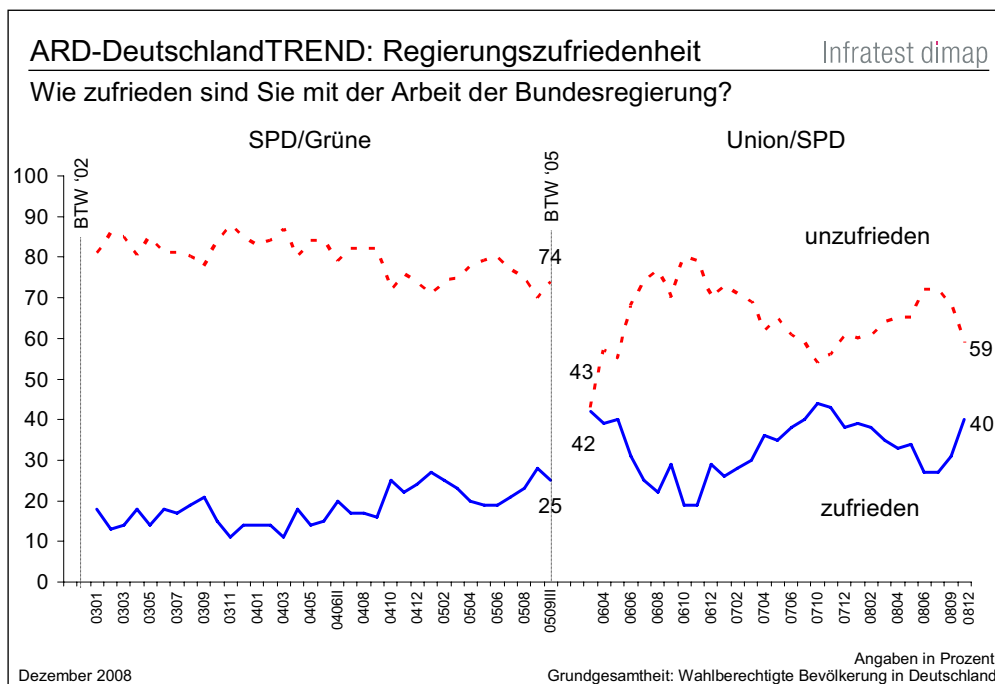
Bilder von Bankern und Managern, die bei Politikern als Bittsteller auftreten, haben den Glauben erschüttert, der freie Markt sei Garant für eine florierende Wirtschaft. Auch in Deutschland würde es eine große Mehrheit begrüßen (59 Prozent), wenn der Staat angesichts der Verwerfungen auf den Finanzmärkten stärker in die Wirtschaft eingreifen würde, vier von zehn (39 Prozent) lehnen allerdings eine größere staatliche Einflussnahme ab. Angesichts der täglich neuen Hiobsbotschaften aus den Landesbanken, in denen die Politik bereits heute als Kontrollorgan fungiert, hat aber auch das Image des Staates als Krisenmanager etwas gelitten: Im Unterschied zum Vormonat spricht sich im Dezember eine Mehrheit (53 Prozent, +8) gegen eine staatliche Beteiligung an Schlüssel-Unternehmen aus, nur noch 44 Prozent (-7) befürworten dies. Mehrheitlich zustimmend äußern sich dazu die Anhänger der Linken (68:31 Prozent), während das Lager der Sozialdemokraten in dieser Frage mittlerweile gespalten ist (50:47 Prozent). Staatliche Unternehmensbeteiligungen lehnen die Anhänger der Union (35:63 Prozent), der Grünen (32:66 Prozent) und vor allem der FDP (30:70 Prozent) zwar überwiegend ab, doch bemerkenswerterweise spricht sich jeweils ein Drittel dafür aus. Eine Unterstützung der Autoindustrie mit Hilfe staatlicher Bürgschaften findet lediglich bei einem guten Drittel der Bundesbürger Zustimmung, sechs von zehn stehen dieser Maßnahme ablehnend gegenüber (36:60 Prozent).



Die negativen wirtschaftlichen Erwartungen hinterlassen im Bewusstsein vieler Bundesbürger Spuren: Wie im Dezember äußert sich jeder Zweite (51 Prozent) besorgt, fast ebenso viele (48 Prozent) machen sich derzeit allerdings keine Sorgen über ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft. Mit der Angst vor einem wirtschaftlichen Abstieg geht bei einem Teil der Deutschen die Furcht vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes einher: 32 Prozent der Erwerbstätigen sind besorgt, aufgrund der Krise beschäftigungslos zu werden – überdurchschnittlich stark gilt dies für Arbeiter (46 Prozent) und Bezieher geringer Einkommen (59 Prozent). Zwei Drittel (67 Prozent) sehen hingegen keinen Anlass zur Beunruhigung. Wie schon im November glaubt gut die Hälfte (57 Prozent), dass ihren Spareinlagen nichts passieren kann. Allerdings befürchten mittlerweile 42 Prozent (+6 Punkte), dass ihr Ersparnis nicht mehr sicher ist.

Ansehen der Bundesregierung gestiegen

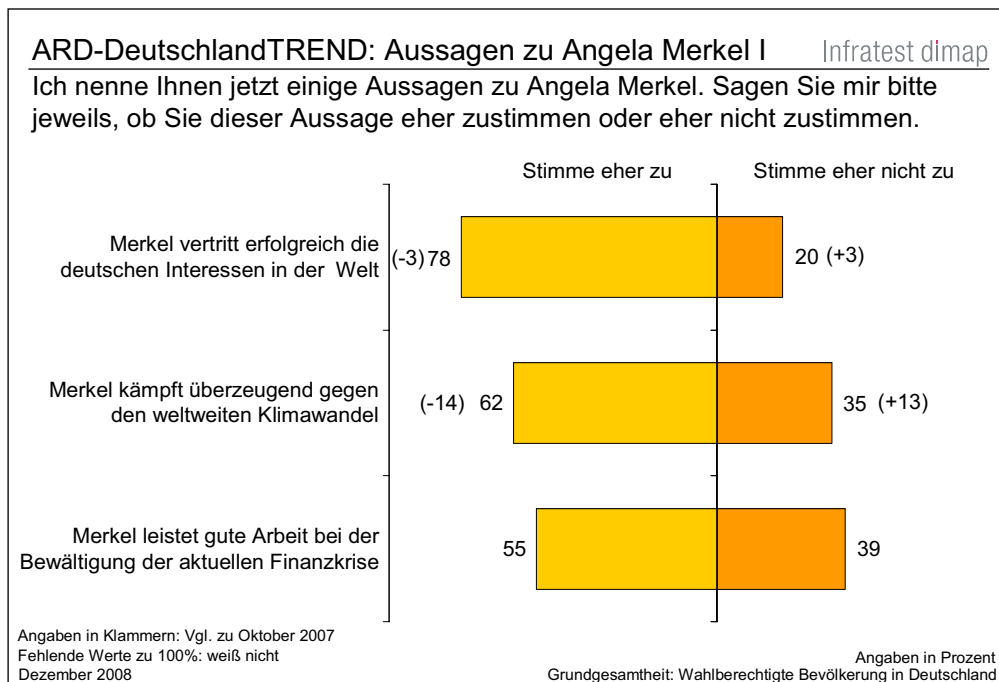
Das aus Sicht der Bürger gute Krisenmanagement der Bundesregierung drückt sich in einem gestiegenen Ansehen der Großen Koalition aus: Zum Jahresende sind 40 Prozent der Wahlberechtigten mit der Arbeit der Bundesregierung sehr zufrieden (2 Prozent) bzw. zufrieden (38 Prozent) - ein Plus von 9 Punkten im Vergleich zum September. Gleichwohl sind die Kritiker weiterhin in der Mehrheit: Für 45 Prozent überwiegen die kritikwürdigen Seiten an der Regierungspolitik und weitere 14 Prozent sind mit der Leistung ganz und gar unzufrieden.



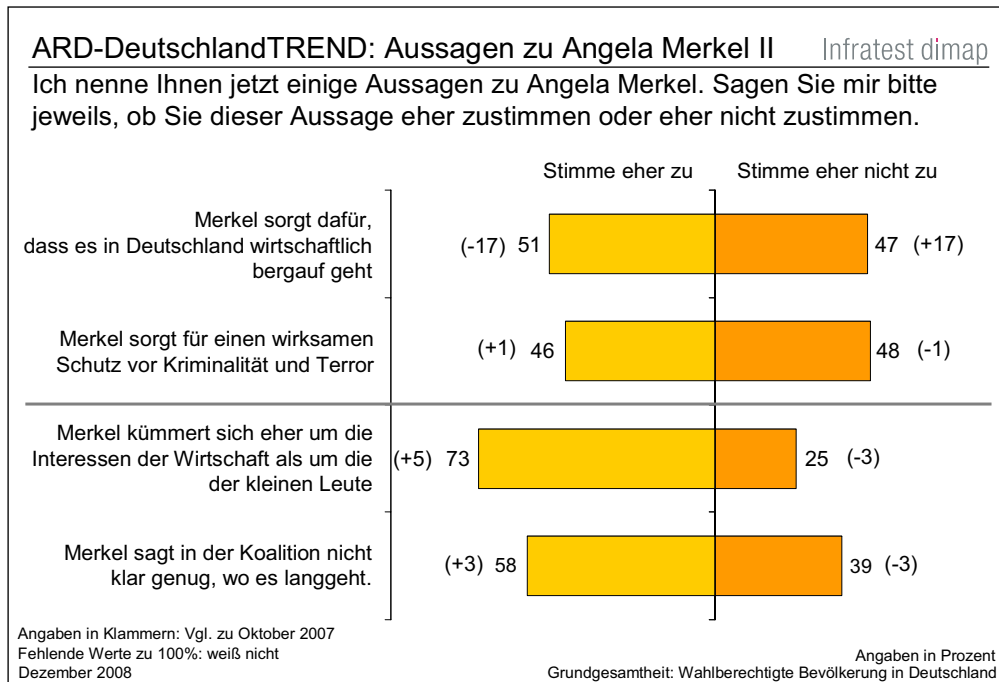
Der Ansehenszuwachs der Koalitionsregierung ist nicht in einer besseren Bewertung durch die Anhänger der Regierungsparteien, sondern in einem Anhengengewinn bei den Oppositionsanhängern begründet. Während die Zufriedenheit mit dem Kabinett bei den Unions- und SPD-Anhängern stagniert, steigt sie im Vergleich zum September bei FDP- (+12 Punkte), Grünen- (+18) und Linke-Anhängern (+9) deutlich an. Allerdings gilt auch hier: Weiterhin bekommt die Bundesregierung mehr schlechte als gute Noten.

Bürger haben positives Bild der Kanzlerin– Kritik nimmt jedoch zu

Das Bild Angela Merkels zeichnen die Bundesbürger überwiegend positiv. Allerdings zeigt sich, dass die Kanzlerin sowohl in sachpolitischen Fragen als auch was ihren Führungsstil angeht, zum Teil kritischer gesehen wird als noch ein Jahr zuvor. Unverändert ist eine sehr große Mehrheit der Meinung, dass die deutschen Interessen in der Welt durch Merkel erfolgreich vertreten werden (78 Prozent, -3 Punkte). Ihr Image als "Klimaaktivistin" hat dagegen etwas gelitten: 62 Prozent sehen sie als überzeugende Kämpferin gegen den weltweiten Klimawandel - 14 Punkte weniger als im Oktober 2007. Dass die Kanzlerin gute Arbeit bei der Bewältigung der aktuellen Finanzkrise leistet glauben nur 55 Prozent, fast genauso viele sind der Meinung, dass sie dafür sorgt, dass es in Deutschland wirtschaftlich bergauf geht (51 Prozent). Bei der Sicherung der Wirtschaftskraft des Landes hat die Kritik an Merkel jedoch deutlich zugenommen (+17 Punkte).



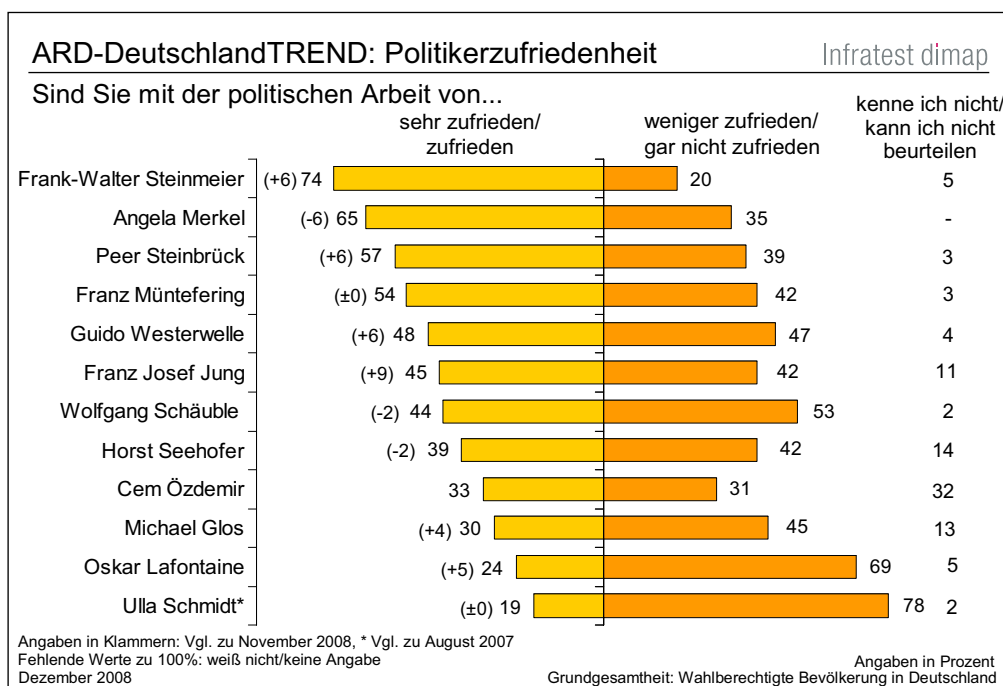
Sehr deutlich wird die Kritik bei der Frage, welche Interessen die Regierungschefin vorrangig vertritt: Drei Viertel der Deutschen (73 Prozent, +5) schließen sich der Aussage an, dass sich Merkel mehr um die Interessen der Wirtschaft als um die der kleinen Leute kümmert. Auch ihre Führungsrolle wird von einer Mehrheit kritisch gesehen, denn rund sechs von zehn (58 Prozent) sind der Auffassung, dass die CDU-Chefin nicht klar genug vorgibt, welchen politischen Kurs die Koalition einschlagen soll.



Die Kritik an Merkel wird partiell von der Unions-Anhängerschaft geteilt: Auch in den eigenen Reihen diagnostiziert jeder Zweite (49 Prozent) mangelnde Führungskraft bei der Kabinettschefin und sechs von zehn (60 Prozent) sehen in Merkel eher die Interessenswalterin der Wirtschaft als die der kleinen Leute.

Politikerbewertung: Steinmeier mit Rekordwert auf Platz Eins

Bei den Ansehenswerten, die die Spitzenpolitiker von den Bürgern zugesprochen bekommen, haben sich in den vergangenen vier Wochen bei einigen Protagonisten deutliche Verschiebungen ergeben. Dies gilt auch für die beiden Spitzenreiter Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, wenngleich mit unterschiedlichen Vorzeichen: Während der Außenminister 6 Punkte zulegen konnte, hat die Bundeskanzlerin Einbußen in gleicher Höhe zu verzeichnen. Frank-Walter Steinmeier, der in der Debatte um die Bewältigung der Finanzkrise zurückhaltend war, erreicht mit einer Zustimmungsquote von 74 Prozent den besten für ihn im DeutschlandTREND gemessenen Wert und rangiert damit deutlich vor Angela Merkel. Die kritische Berichterstattung über die Kanzlerin als Krisenmanagerin spiegelt sich in ihrer Leistungsbewertung, bei der sie derzeit auf 65 Prozent wohlwollende Urteile bekommt. Finanzminister Peer Steinbrück, neben der Regierungschefin der wichtigste Akteur beim Thema Finanzkrise, kann mit einem Plus von 6 Punkten und nunmehr 57 Prozent seinen dritten Platz festigen.



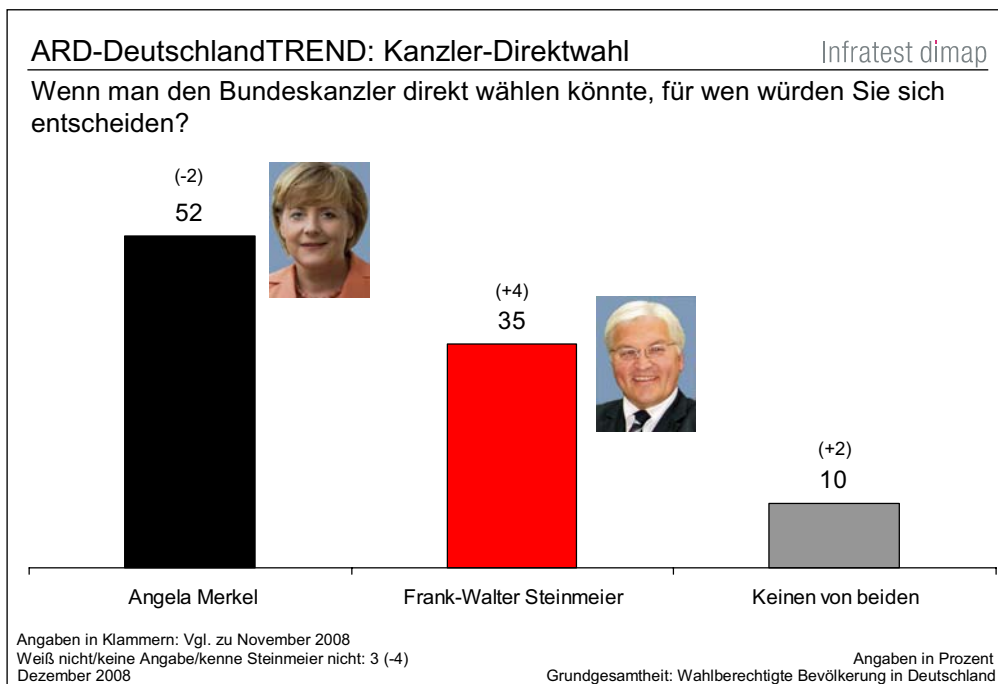
SPD-Chef Franz Müntefering wird unverändert von 54 Prozent der Bürger wohlwollend beurteilt. Ein deutlicher Ansehensgewinn von 6 Punkten ist für Guido Westerwelle zu verzeichnen, der mit einem Wert von 48 Prozent den fünften Platz erreicht. Der größte Zuwachs wird bei Verteidigungsminister Franz-Josef Jung gemessen, der nun eine Zustimmung von 45 Prozent erfährt (+9 Punkte). Leichte Verluste müssen Innenminister Wolfgang Schäuble und der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hinnehmen, die mit Zustimmungswerten von 44 und 39 Prozent mittlere Ränge in der Beliebtheitsskala einnehmen (jeweils minus 2 Punkte).

Der neu gewählte Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, erreicht auf Anhieb eine Sympathiequote von 33 Prozent und liegt damit noch vor Wirtschaftsminister Michael Glos, der bei einem Plus von 4 Punkten aktuell 30 Prozent gute Noten erreicht.

Am Ende der Skala rangieren der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, mit einem Zustimmungswert von 24 Prozent (+5 Punkte) und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt mit 19 Prozent .

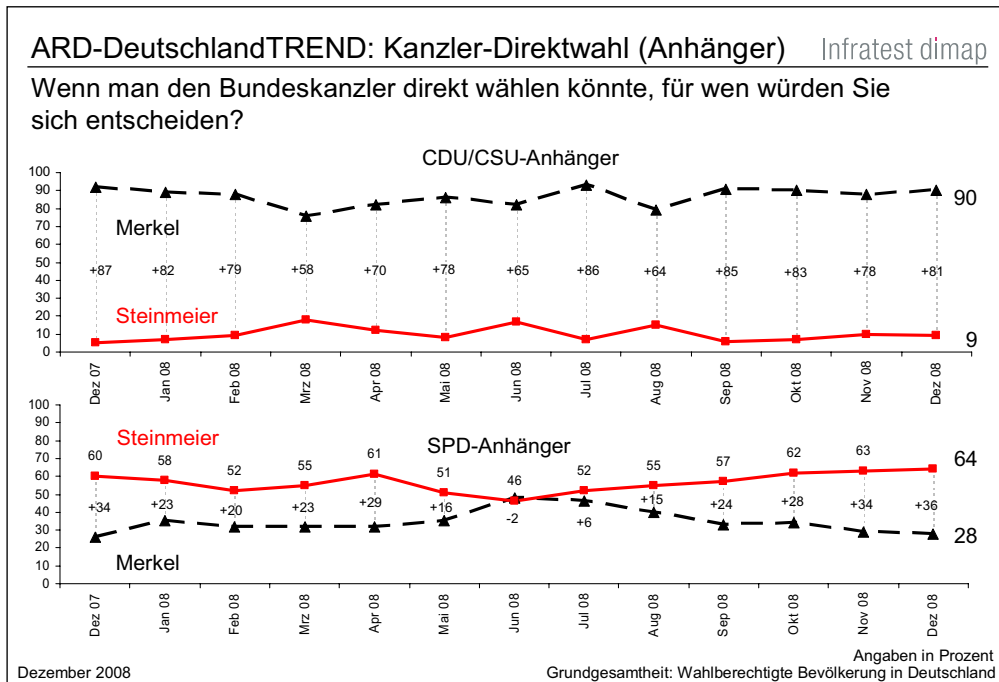
Kanzler-Direktwahl: Merkels Vorsprung vor Steinmeier geschrumpft

Auch wenn der Außenminister sein Ansehen auf einen Rekordwert steigern kann, würde er trotzdem bei einer – hypothetischen - Direktwahl des Bundeskanzlers gegen die Amtsinhaberin verlieren: Könnten die Bundesbürger den Kanzler direkt wählen, würden sich 52 Prozent für die amtierende Regierungschefin Angela Merkel und 35 Prozent für ihren SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier entscheiden.



Steinmeier konnte den Vorsprung Merkels von 23 auf derzeit 17 Punkte verringern.

Angela Merkel weiß dabei die eigene Anhängerschaft mit 90 Prozent Zustimmung nahezu geschlossen hinter sich. Die amtierende Bundeskanzlerin hat allerdings bei den Anhängern aller Oppositionsparteien deutlich an Zuspruch eingebüßt.



Im Vergleich dazu fällt der Rückhalt für Frank-Walter Steinmeier in den Reihen der SPD mit 64 Prozent deutlich geringer aus. Allerdings konnte er in den letzten Monaten seine Unterstützung bei den sozialdemokratischen Anhängern kontinuierlich steigern.

Parteikompetenzen: Mehr Zutrauen in die Union

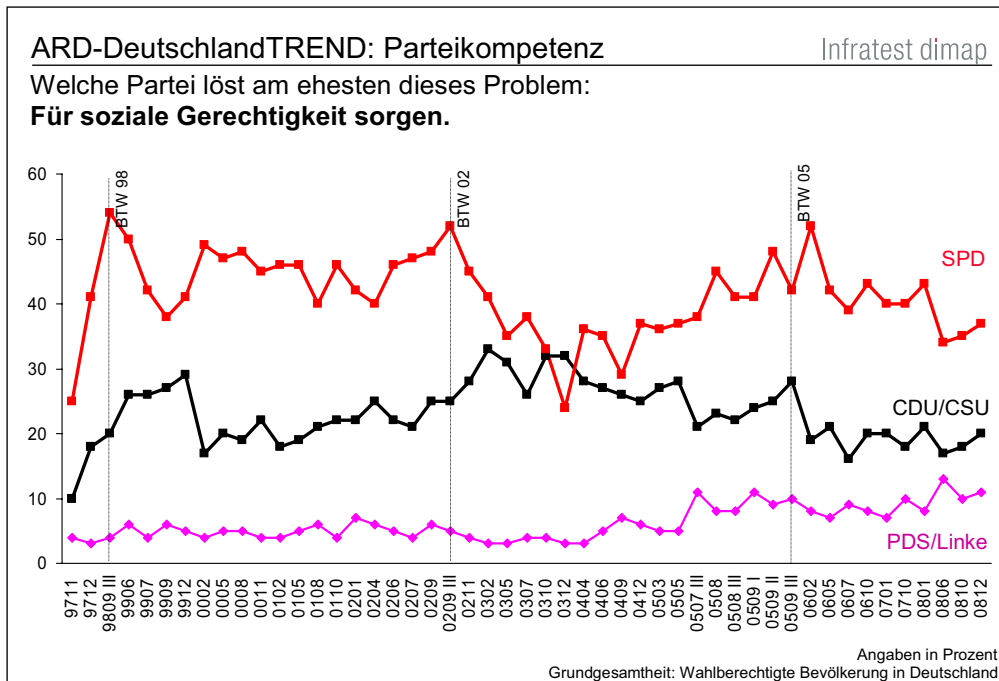
Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung der Bürger. Knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl haben die beiden Volksparteien sehr unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte. Die **CDU/CSU** besitzt in der Wirtschaftspolitik, dem Krisenmanagement bei der Bewältigung der Turbulenzen in den Finanzmärkten und in der Bildungspolitik die Kompetenzführerschaft. Die Union vermag in allen abgefragten Bereichen Sachvertrauen hinzuzugewinnen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent) traut der Union zu, die Wirtschaft in Deutschland voran zu bringen, ein Plus von 9 Punkten im Vergleich zum Oktober. Lediglich 15 Prozent sehen diese Aufgabe besser bei der SPD aufgehoben. Auch die Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise kann nach Ansicht von 44 Prozent die Union am besten leisten, nur 17 Prozent glauben das von der SPD. Die Bildungspolitik sieht ebenfalls die Mehrzahl bei der CDU/CSU in besseren Händen als bei der SPD, wobei hier der Vorsprung mit 35 zu 24 Prozent trotz Zuwächsen weit weniger deutlich ausfällt.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenz I		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.						
Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	53 (+9)	15 (-2)	8 (-3)	1 (-1)	2 (+1)	20 (-4)
Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen bewältigen	44	17	8	1	1	29
Eine gute Bildungspolitik betreiben	35 (+5)	24 (-2)	8 (±0)	5 (±0)	8 (+2)	19 (-4)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	20 (+2)	37 (+2)	7 (+2)	11 (+1)	8 (+1)	17 (-6)
Sich um die Sorgen der kleinen Leute kümmern	14 (+1)	32 (±0)	7 (+2)	17 (+4)	9 (+3)	21 (-6)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Oktober 2008
 Fehlende Werte zu 100%: andere Partei/keine Angabe
 Dezember 2008

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Den Einsatz für soziale Gerechtigkeit trauen die Bürger eher der **SPD** als der Union zu (37:20 Prozent). Sie reicht in ihrem Traditionsfeld allerdings weiterhin nicht an ihre früheren Kompetenzwerte heran. Etwa gleich groß fällt der Vorsprung der Sozialdemokraten gegenüber den Christdemokraten mit 32 zu 14 Prozent aus, wenn es um die Sorgen der kleinen Leute geht.



Beim sparsamen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler zeigt sich eine relative Mehrheit der Befragten (39 Prozent) skeptisch gegenüber den Parteien. Lediglich jeder Vierte (26 Prozent) glaubt, die Union würde mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umgehen, nur 15 Prozent nehmen das von der SPD an. Auch bei der gerechten Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystem ist die Skepsis gegenüber den Parteien bei einem Viertel groß (26 Prozent). Nur jeweils ein Viertel traut dies Union bzw. SPD zu (24 bzw. 25 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenz II Infratest dimap

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.

Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen	26 (+9)	15 (-2)	10 (+1)	4 (+1)	5 (±0)	39 (-8)
Für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem sorgen	24 (+3)	25 (+1)	14 (+1)	6 (+1)	5 (+2)	26 (-6)
Die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen	43 (+10)	18 (-2)	3 (-1)	3 (+1)	3 (±0)	29 (-6)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Oktober 2008
Fehlende Werte zu 100%: andere Partei/keine Angabe
Dezember 2008

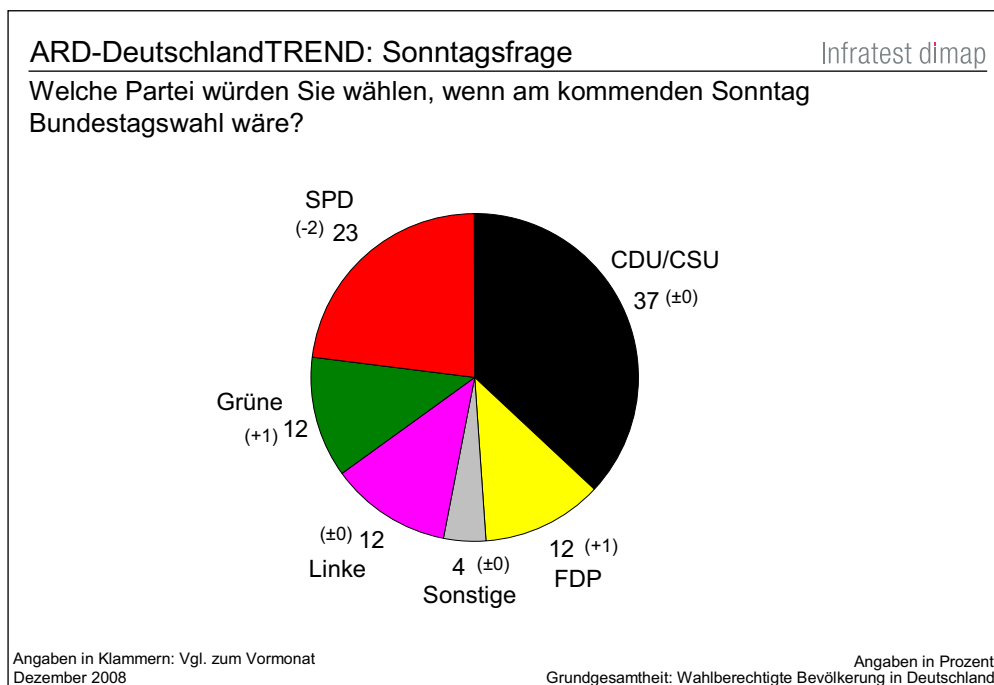
Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die Oppositionsparteien haben deutlich unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte: Die **FDP** ist in vielen Bereichen gut profiliert, dies gilt vor allem für die Ausgestaltung des Steuersystems (14 Prozent) und der Umgangs mit Steuergeldern (10 Prozent), sowie für wirtschafts- und bildungspolitische Themen (jeweils 8 Prozent). Die **Linke** punktet vor allem als Partei, die sich um die kleinen Leute kümmert (17 Prozent) und sich für soziale Gerechtigkeit stark macht (11 Prozent). In Ostdeutschland wird die Linkspartei mit Abstand am stärksten als die Partei wahrgenommen, die sich um die kleinen Leute kümmert (39 Prozent). Den **Grünen** wird von den im Dezember erhobenen Themenfeldern in erster Linie hinsichtlich der Sorge um die kleinen Leute (9 Prozent) bzw. in Gerechtigkeitsfragen (8 Prozent) sowie darüber hinaus in der Bildungspolitik (8 Prozent) Vertrauen entgegengebracht.

In der **summarischen** Frage, welche Partei die wichtigsten Probleme Deutschlands am besten lösen kann, setzen 43 Prozent auf die Union – ein Plus von 10 Punkten. Die SPD überzeugt in dieser Fragen nur knapp jeden fünften Bundesbürger (18 Prozent, -2).

Sonntagsfrage: Union weiter bei 37 Prozent, SPD im Stimmungstief

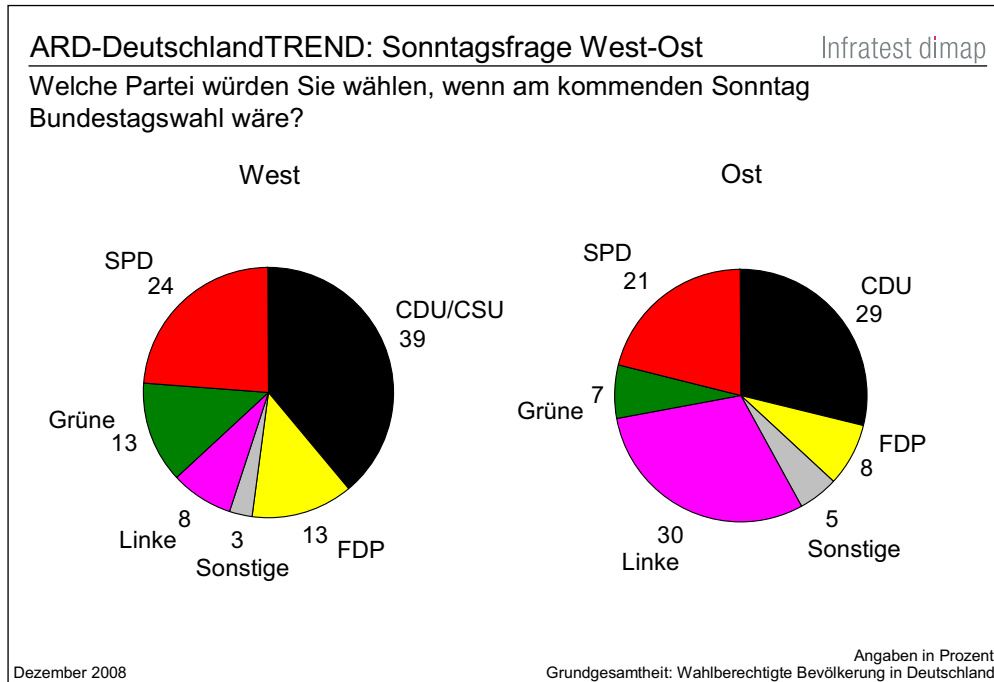
Vor dem Hintergrund schlechterer Bewertungen auf der Personenebene, aber durchweg verbesserter Kompetenzwerte erreicht die Union in der politischen Stimmung wie im Vormonat 37 Prozent der Wählerstimmen. Für die SPD würden sich derzeit nur 23 Prozent der Wähler entscheiden (-2 Punkte im Vergleich zum November). Die Sozialdemokraten fallen damit zum wiederholten Mal auf einen Rekordtiefstand, zuletzt war der Rückhalt im August 2004 so gering. Die drei Oppositionsparteien kommen jeweils auf einen Stimmenanteil von 12 Prozent, wobei FDP und Grüne Zuwächse verzeichnen (jeweils +1) und die Linke stabil bleibt. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent der Stimmen.



Die SPD leidet deutlich unter der Verunsicherung ihrer Klientel: Der Anteil unentschlossener ehemaliger sozialdemokratischer Wähler ist aktuell rund doppelt so hoch wie bei den anderen Parteien.

Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs wäre eine schwarz-gelbe Koalition rechnerisch möglich. Neben einer großen Koalition würde also ein weiteres Zwei-Parteien-Bündnis die erforderliche Mehrheit der Sitze erreichen.

In den **alten Bundesländern** kann die CDU/CSU wie im Vormonat einen Wähleranteil von 39 Prozent erreichen. Die SPD verliert im Westen der Republik leicht und liegt nun bei 24 Prozent (-1). FDP und Grüne legen jeweils einen Punkt auf nun 13 Prozent zu. Die Linke verliert hingegen leicht und kann derzeit 8 Prozent (-1) der Wähler im Westen von sich überzeugen.



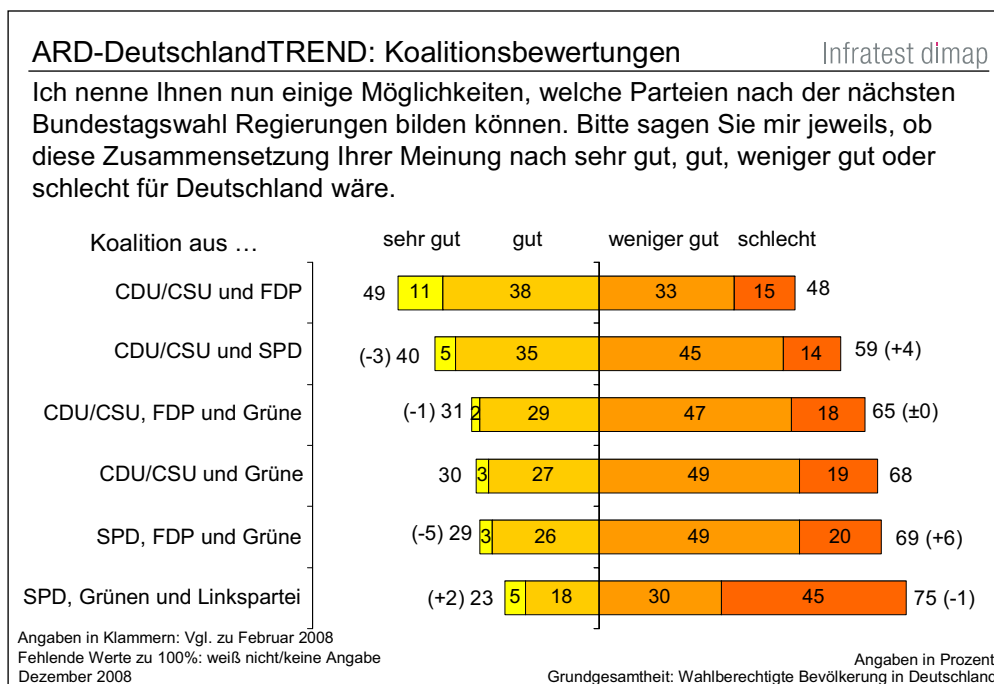
In den **neuen Bundesländern** verliert die SPD weit deutlicher als in den alten: Die Sozialdemokraten müssen einen Verlust von 4 Punkten hinnehmen und erreichen nur noch 21 Prozent. Zuletzt musste die SPD im September 2004 (20 Prozent) ein ähnliches Stimmungstief im Osten verkraften. Die Linke ist mit leichten Zugewinnen stärkste Partei (30 Prozent, +1) vor der CDU (29 Prozent, +2), die ebenfalls leicht zulegt. Die Liberalen liegen erneut bei 7 Prozent, und bleiben damit knapp viertstärkste Kraft vor den Grünen (6 Prozent, ±0).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Koalitionen: Schwarz-Gelb besser für das Land als die Große Koalition

Auch wenn die Zufriedenheit mit der Arbeit der Großen Koalition in diesem Monat wieder deutlich gestiegen ist, wird derzeit eine andere Regierungskonstellation bevorzugt. Den größten Zuspruch der in diesem Monat abgefragten Koalitionsvarianten findet ein Bündnis aus CDU/CSU und FDP: 49 Prozent sind der Meinung, dass Schwarz-Gelb sehr gut bzw. gut für Deutschland wäre, 48 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Die amtierende Regierungszusammensetzung bewerten 40 Prozent positiv.

Dreier-Koalitionen sowie das in Hamburg praktizierte schwarz-grüne Bündnis finden deutlich weniger Befürworter. Die so genannte "Jamaika"-Koalition sieht knapp ein Drittel (31 Prozent) als gut für das Land an, ähnliches gilt für Schwarz-Grün (30 Prozent) sowie für eine Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen (29 Prozent). Eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit wird nur von einem Viertel der Wahlbürger (23 Prozent) befürwortet.

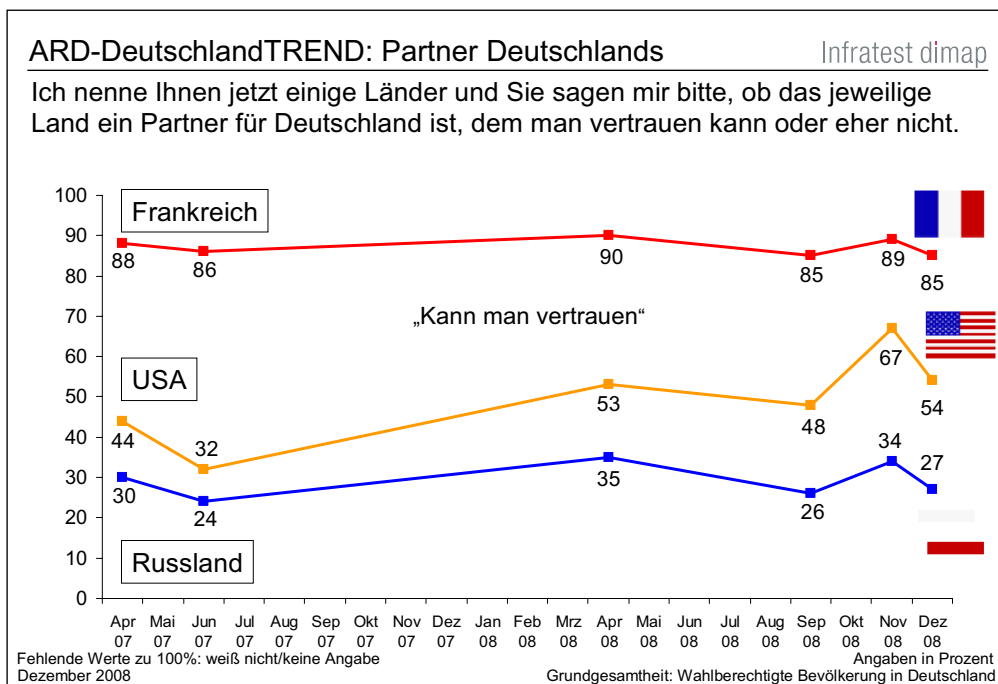


Für die Anhänger der Unionsparteien ist ein Bündnis mit den Liberalen der klare Favorit: 81 Prozent stufen dies als gut für Deutschland ein. Auch die FDP-Anhängerschaft bewertet Schwarz-Gelb als die beste Regierungsvariante für das Land (83 Prozent). Der in Hamburg praktizierten Zusammenarbeit mit den Grünen stehen die Anhänger von CDU/CSU skeptisch gegenüber: Koalitionen unter Einschluss der Öko-Partei finden weniger Zuspruch als eine Fortsetzung der Großen Koalition.

Die SPD-Anhängerschaft würde am ehesten eine Neuauflage der Großen Koalition oder ein Ampel-Bündnis mit FDP und Grünen begrüßen (jeweils 49 Prozent). Ein rot-rot-grünes Kabinett finden nur 36 Prozent der sozialdemokratischen Anhänger gut für Deutschland.

Frankreich vor USA und Russland vertrauenswürdigster Partner Deutschlands

Die Wahl Barack Obamas zum künftigen amerikanischen Präsidenten hatte eine Sympathiewelle in Deutschland ausgelöst und sorgte für einen deutlichen Vertrauenszuwachs gegenüber den USA. Das Ansehen der Vereinigten Staaten in der deutschen Bevölkerung hat in den letzten vier Wochen jedoch wieder deutlich abgenommen: Derzeit sehen nur noch 54 Prozent in den USA einen vertrauenswürdigen Partner. Im November teilten noch 67 Prozent diese Einschätzung. Die positive Wirkung der Wahl Obamas brachte offenkundig (noch) keinen nachhaltigen Effekt mit sich. Das Ansehen der – immer noch von George W. Bush regierten – USA reicht damit bei weitem nicht an das von Frankreich heran, dem trotz eines leichten Verlustes die weit überwiegende Mehrheit von 85 Prozent der Bevölkerung Vertrauenswürdigkeit bescheinigen.



Auch über Russland urteilen die Deutschen wieder merklich kritischer. Nur noch rund jeder Vierte (27 Prozent) hält das Land als Partner Deutschlands für vertrauenswürdig, die Mehrheit von 69 Prozent findet Vorsicht angebracht. Im November bescheinigten Russland noch ein Drittel der Bundesbürger ein verlässlicher außenpolitischer Partner zu sein.